Bericht aus der Kabinettssitzung vom 16. Januar 2017

16. Januar 2017

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zieht positive Bilanz zu aktueller Situation und Zukunftschancen der bayerischen Wirtschaft: „Erfolgreiche bayerische Wirtschaftspolitik ist Grundlage für Wohlstand, soziale Sicherheit und einen handlungsfähigen Staat / Staatsregierung treibt Innovation in wichtigen Handlungsfeldern voran / Neuer Innovationsbeirat soll Staatsregierung in den Themenfeldern Innovation, Wissenschaft und Forschung beraten

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat heute im Ministerrat eine positive Bilanz zur aktuellen Situation und den Zukunftschancen der bayerischen Wirtschaft gezogen. Wirtschaftsministerin Aigner: „Bayern weist eine herausragende wirtschaftliche Bilanz auf. In knapp der Hälfte der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte herrscht Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 3,3 Prozent und die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken sind erneut deutlich zurückgegangen. Mit 5,4 Millionen sozialversicherungspflichtigen Jobs haben wir einen neuen Spitzenwert erreicht. Bayern ist außerdem Wachstumsspitzenreiter unter den Ländern. Auch das verfügbare Einkommen der Bürger in Bayern liegt weit über dem Bundesdurchschnitt.“ Der Wirtschaftsstandort Bayern ist damit hervorragend aufgestellt. Ministerin Aigner: „Ökonomische Sicherheit bleibt die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates gerade in Zeiten großer Herausforderungen. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist eine wichtige Grundlage für Wohlstand und sozialen Frieden, für Zukunftsinvestitionen, aber auch für eine gut ausgestattete Polizei und eine funktionsfähige Verwaltung.“

Um die Spitzenposition Bayerns auch für die Zukunft zu sichern, stellt die Staatsregierung die richtigen Weichen in fünf für die Standortentwicklung wichtigen Handlungsfeldern: Digitalisierung, Zukunft der Mobilität, Entwicklung der Gründertätigkeit, Internationalisierung sowie Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene.

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Bei der Digitalisierung sorgen wir mit einem Bündel an Maßnahmen dafür, dass bayerische Unternehmen die Chancen der Digitalisierung für sich nutzen können.“ Das gelte für große Weltkonzerne ebenso wie für den kleinen Handwerksbetrieb. „Bayern wird von der Digitalisierung profitieren“, so Aigner, „weil Politik und Wirtschaft ihren Gestaltungsanspruch umsetzen. Kein anderes Bundesland packt die Digitalisierung so beherzt und so umfassend an.“ Sowohl das Zentrum Digitalisierung.Bayern als auch der Digitalgutschein sind nach Aigners Worten hervorragend angelaufen. Die digitalen Gründerzentren in den Regionen werden einen neuen Schub im ganzen Land auslösen.

Auch im Bereich Mobilität sieht Aigner Bayern klar auf Zukunftskurs: „Seit 2008 haben wir über 130 Millionen Euro in die Elektromobilität investiert. Mit dem Mobility Hub, der Plattform vernetzte Mobilität am Zentrum Digitalisierung.Bayern und der A9 als digitaler Teststrecke haben wir in Bayern wichtige Impulsgeber für den Verkehr der Zukunft geschaffen.“
Bei den Unternehmensgründungen habe sich dank der Gründerinitiative die Sichtbarkeit als Gründerstandort wie auch die Gründerdynamik noch einmal deutlich erhöht, erklärte die Ministerin: „Wir sind führend bei den werthaltigen Gründungen. Durch eine Verbesserung der Gründerfinanzierung, Gründerzentren in allen Regionen Bayerns und weitere Aktivitäten stärken wir das Gründergeschehen im Freistaat.“ Der Wachstumsfonds Bayern habe eine gewaltige Hebelwirkung und mit dem Einsatz von 17,5 Millionen Euro bereits rund 127 Millionen Euro an Investitionen mobilisiert.
Im Bereich der Außenwirtschaft bekannte sich Aigner zum freien Handel. Internationale Abkommen zum Freihandel wie CETA und TTIP

seien enorm wichtig für Bayerns exportorientiere Wirtschaft.
Was die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Bund angeht, formulierte die Ministerin eine klare Maßgabe: „Wir müssen in Deutschland wieder stärker an das Erwirtschaften denken und weniger an das Umverteilen. Wir brauchen mehr private Investitionen und mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten. Die Lohnzusatzkosten dürfen nicht weiter steigen und die Steuerbelastung, gerade für kleine und mittlere Einkommen, muss sinken.“

Ein neuer hochkarätig besetzter Innovationsbeirat soll die Staatsregierung künftig fachlich auf den Feldern Wissenschaft, Forschung und Innovation beraten. Der Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber wurde beauftragt, hierzu gemeinsam mit den betroffenen Ressorts ein Konzept auszuarbeiten.

(0 b)